

1. **Herr Lucke, offenbar hat die Wirtschaft die Krise besser überstanden als befürchtet. Der Bund rechnet bereits mit Mehreinnahmen von 20 Milliarden Euro in diesem Jahr – und prompt stellte Wirtschaftsminister Brüderle den Bürgern gleich wieder Steuererleichterungen in Aussicht. Wozu braucht Tübingen da noch ein neues Sparpaket?**

Unsere Einnahmesituation erholt sich auch 2011 noch nicht. Im Gegenteil: Die Gewerbesteueereinnahmen sinken weiter und das Land greift weiterhin in den Finanzausgleichstopf, der eigentlich den Kommunen zusteht. Trotz erhöhter Grundsteuer bleiben unsere Einnahmen 2011 deshalb vermutlich auf dem katastrophal niedrigen Vorjahresniveau von rund 55 Mio. Euro. Frühestens 2014 rechnen wir damit, dass wir wieder das Einnahmenniveau von 2008 erreichen. Allerdings nur dann, wenn die Einwohnerzahlen weiter steigen, der Bund und das Land unsere Steuereinnahmen nicht kürzen und sich die Wirtschaft tatsächlich wieder erholt.

2. **Das industriearme Tübingen war schon immer so knapp bei Kasse, dass Rat und Verwaltung selbst in guten Zeiten den Rotstift in Reichweite behalten mussten. Was kommt jetzt? Sparpolitik as usual oder ist diesmal wirklich alles ganz anders?**

In der Tat: Gute Zeiten gab es in der Tübinger Finanzpolitik noch nie. Neu in diesem Jahr ist allerdings, dass das Regierungspräsidium uns einen Teil der Kredite gesperrt hat. So etwas hat es in den letzten 50 Jahren noch nicht gegeben. Anstelle der geplanten 8 Mio. dürfen wir zunächst nur 3 Mio. Euro aufnehmen. Erst wenn wir gemeinsam mit dem Gemeinderat nachweisen, dass der Schuldendienst (= Zins und Tilgung) ab 2011 aus dem Verwaltungshaushalt erbracht werden kann, dürfen wir weitere Kredite aufnehmen. Ob dies im vollen geplanten Umfang möglich sein wird, ist noch fraglich.

3. **Der Gemeinderat hat bereits darauf reagiert und eine Reihe dringender Investitionen wie etwa die Erweiterung des Uhland-Gymnasiums verschoben. Reicht das noch nicht aus, um wieder in sicheres Fahrwasser zu kommen?**

Nein, denn das ursächliche Problem ist nicht unser Investitionshaushalt, sondern unser Verwaltungshaushalt. Wir dürfen unsere laufenden Ausgaben nicht mit Krediten oder aus Rücklagen finanzieren. Das bedeutet, dass wir die Finanzplanung für die Jahre 2011 bis 2013 aufgrund der schlechten Einnahmesituation noch einmal völlig neu aufstellen müssen. Die 66 Mio. Euro, die wir in den nächsten Jahren in Schulen, Kindergärten, Straßen und andere dauerhafte Maßnahmen investieren wollen, können wir nur dann ausgeben, wenn wir unseren Verwaltungshaushalt im selben Zeitraum drastisch entlasten.

4. **Was würde denn passieren, wenn sich die Stadt - wie von den Linken gefordert - nicht auf das Spardiktat des Regierungspräsidiums einlässt?**

Das Regierungspräsidium setzt ja nur geltendes Recht um. Kurzfristig hieße das, dass der Haushalt ab 2011 nicht genehmigt wird. Mittelfristig könnten wir nicht mehr investieren in Erziehung, Bildung, Infrastruktur oder Klimaschutz. Die Stadt würde einen großen Teil ihrer Handlungs- und Steuerfähigkeit verlieren. Zudem würden wir den Generationen nach uns einen Schuldenberg hinterlassen, den sie niemals abbezahlen könnten. Die Folge wäre, dass sie nicht mehr in Hallen, Schulen, Rathäuser, Feuerwehr, Straßen, Brücken oder Grünanlagen investieren könnten.

5. **Ist denn wenigstens für die kommenden Jahre damit zu rechnen, dass sich die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben allmählich wieder schließt?**

Da wir keine grundlegende Verbesserung des Finanzrahmens sehen, können wir die Haushaltssperren für 2010 derzeit nicht aufheben. Für 2011 und 2012 ist noch kein genehmigungsfähiger Haushalt in Sicht. Bis 2014 werden sich die Schulden aus dem Verwaltungshaushalt weiter aufhäufen. Gegenüber 2008 müssen wir mit einer Vervierfachung der Schulden von 20 auf 80 Mio. Euro rechnen. Nehmen wir beispielsweise den Bereich der Kleinkind- und Schulkinderbetreuung: Schon 2010 reichen die Ansätze

nicht aus. Wir müssen also auch in Zukunft mit dauerhaft höheren Ausgaben rechnen. Dabei ist der Rechtsanspruch ab 2013 auf einen Krippenplatz ist noch gar nicht finanziert. Unklar ist beispielsweise auch noch, wie sich der Konsolidierungsprozess beim Landkreis und damit die Kreisumlage weiter entwickelt.

6. Was also muss die jetzt anstehende Konsolidierung erbringen, um die städtischen Finanzen nachhaltig zu sichern?

Um unsere Investitionsfähigkeit zu sichern, müssen wir ab sofort jährlich und dauerhaft weitere sechs Millionen Euro einsparen. Zu erreichen ist das nur, wenn wir den strengen Sparkurs wirklich einhalten und uns keine weiteren Aufgaben und Ausgaben aufladen. Dazu hat die Verwaltung ein umfangreiches Paket mit weiteren Sparvorschlägen erarbeitet. Es trägt den Titel „Minus zehn Prozent“ und soll den städtischen Haushalt ab 2013 jährlich um den genannten Betrag entlasten. Und wenn unsere Annahmen zur Wirtschaftsentwicklung zu optimistisch sind, wenn wir den Sparkurs nicht durchhalten oder wenn wir weitere Aufgaben schultern müssen, würden wir auch um weitere Steuererhöhungen nicht herumkommen.

7. Können Sie den TAGBLATT-Lesern schon heute sagen, wo Sie den Hebel ansetzen, welche Bereiche am meisten bluten müssen und welche eher verschont werden sollen?

Sie werden verstehen, dass zuerst der Gemeinderat unsere Sparvorschläge sehen soll, bevor wir in der nächsten Woche damit an die Öffentlichkeit treten. Wir wollen aber die Bürgerinnen und Bürger aktiv am Konsolidierungsprozess beteiligen, neben der schon fast üblichen Informationsveranstaltung wird es diesmal eine repräsentative Befragung der Bevölkerung geben. Über das Internet können dann alle Tübingerinnen und Tübinger aktiv zur Meinungsbildung beitragen. Und auch die Leserbriefspalten dürften wieder gefüllt werden.

8. Das jüngste Sparpaket der Bundesregierung löste heftige Proteste aus, weil es – so die allgemeine Kritik - die Armen schröpft und die Reichen ungeschoren lässt. Können Sie vom städtischen Paket guten Gewissens sagen, dass es die Lasten gerecht verteilt?

Ja, wir werden z.B. darlegen, dass die Einsparungen im sozialen Bereich wieder in die Finanzierung weiterer Betreuungsmöglichkeiten unserer Kinder fließen werden. Im magischen Konsolidierungsdreieck aus Sparen, Einnahmeerhöhungen und Verschuldung werden wir dem Gemeinderat die Leitplanken erläutern, innerhalb derer er eine gerecht empfundene Konsolidierung gestalten kann. Leider hat die Kommune keine Möglichkeit, die Einkommens- und Vermögensverteilung zu beeinflussen. Dies könnte der Bund tun, wenn er gerecht sparen wollte.